Kopp Links in Hoch Schwedt



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

DIE LINKE.

Nr. III/2026

36 Jahre Deutsche Einheit
Quo vadis Deutschland?

Der Bremer Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) sprach in seiner Rede als Gastgeber der Einheitsfeierlichkeiten die Haltung zum Grundgesetz als Trennlinie an. Er findet, dass die wirkliche Auseinandersetzung „um die Seele des Landes" zwischen jenen Kräften, die hinter dem Grundgestz stehen, und jenen, die statt einer vielfältigen Republik eine „homogene Volksgemeinschaft“ anstreben.

Zu Ostdeutschland hob er hervor, dass tiefgreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbrüche der Nachwendezeit im Westen oft unterschätzt wurden.

Auch die Ostbeauftragte der Bundesregierung Elisabeth Kaiser (SPD) zog anlässlich des Tages der Deutschen Einheit Bilanz zum Stand der Wiedervereinigung. So mahnte sie u. a. an, dass Ostdeutsche in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft, Justiz und Medien nach wie vor unterrepräsentiert sind. Ebenfalls kritisierte sie die fortbestehenden erheblichen Unterschiede bei Einkommen und insbesondere dem Vermögen bzw. Erbschaften zwischen Ost und West.

Kaiser bezeichnet den Osten als einen gesellschaftlichen „Seismografen“. Die hohen Wahlergebnisse für die AfD seinen Warnsignale, die auch den wirtschaftlichen Aufschwung und das Gewinnen internationaler Fachkräfte gefährden könnten.

Unsere führenden Bundespolitiker räumten in ihren Festreden zwar auch Fehler im Einheitsprozess ein. Aber was folgt daraus?

Die Bürgerinnen und Bürger verdeutlichten am Tag der Deutschen Einheit ihre Forderungen auf den Straßen und Plätzen des Landes. In ganz Deutschland kam es zu verschiedenen Demonstrationen und Protestkundgebungen. So zum Beispiel in Berlin und Stuttgart Friedenskundgebungen gegen Krieg und Aufrüstung, für einen Stopp von Rüstungsausgaben, gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, für eine diplomatische Friedensordnung unter Einschluss Russlands.

Parallel zu diesen politischen Demonstrationen fanden bundesweite Klima-Menschenketten „Es brennt“ statt. Daran nahmen etwa 19.000 Menschen teil, z. B. in Berlin, Potsdam und Hamburg.

Aus dem Inhalt:

36 Jahre Deutsche Einheit	S.1-2
Ein roter Leuchtturm	S.3-4
Kampf gegen rechts	S.5
Politische Bildungsreise nach Brüssel	S.6 bis S.7
Termine/Arbeitsplan, Sonstiges	S.8

Fortsetzung S.2

Klaus Zwickel, früherer IG-Metall-Vorsitzender, schrieb in einer Grußbotschaft an die Demonstrierenden:

Deutschland habe die bei der deutschen Einheit gegebene Zusage an die Sowjetunion, keine NATO-Ostausdehnung zuzulassen, „verraten“. Die jetzige militärische Aufrüstung führe zum Abbau sozialer Leistungen und Einrichtungen. „Damit das möglichst ohne Widerstand akzeptiert wird, brauchen die politisch und wirtschaftlich Mächtigen einen Feind.“

Entsprechend warnte Merz bei der Verleihung des Westfälischen Friedenspreises in Münster am 1. Oktober an das Militärbündnis NATO vor der russischen Bedrohung. Russland würde nur die Sprache der Stärke akzeptieren und respektieren.

Merz weiter: „Ohne deutsche Hilfe werde der Krieg gegen die Ukraine in einen diktierten Frieden münden.“ Und „Wanken wir in Deutschland, dann wankt Europa. Wankt Europa, dann wankt die Ukraine.“

Einen Tag nach der Deutschen Einheit ist Friedrich Merz zu einem unangekündgten Solidaritätsbesuch in Kiew eingetroffen. Begleitet wurde er von Bundeswirtschaftsministerin Reiche sowie einer Wirtschaftsdelegation aus der deutschen Wirtschafts- und Rüstungsindustrie, z. B.:

Christian Bruch – Vorstandsvorsitzender Siemens Energie,
Sven Kruck – Geschäftsführer des Drohnenherstellers Quantum Systems,
Grundbert Scherf – Rüstungsunternehmen Helsing.

Aus verschiedenen Publikationen kann man entnehmen, dass Deutschland seit Februar 2022 für die Ukraine finanzielle, humanitäre und militärische Unterstützung im Gesamtwert von über 100 Milliarden Euro bereitgestellt oder für 2027 fest zugesagt hat.

Damit ist die Bundesrepublik nach den USA der weltweit größte bilatrale Geberstaat für Kiew. Hinzu kommt zusätzlich der deutsche Anteil an den Hilfeleistungen der EWU für die Ukraine von rund 43 Milliarden Euro. Nicht in diesen Werten enthalten sind die direkten Kosten für die Versorgung der rund 1,3 Millionen ukrainischer Kriegsflüchtlinge innerhalb Deutschlands.

Welch ein Wahnsinn!

Welch ein Versagen jeglicher Diplomatie!

Monika Gohl

Ausspruch des Monats:

Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren, bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.

Otto von Bismarck (1815 - 1898)

Ein roter Leuchtturm gegen Rechts

Deutschland steht am Scheideweg zwischen einem echten Politikwechsel und der Barbarei von Rechts. Die Wahl eines AfD-Landtagspräsidenten mit den Stimmen anderer Parteien ist eine historische Zäsur und ein weiterer Schritt in Richtung Autoritarismus. Sachsen-Anhalt droht zum rechten Versuchslabor für ganz Deutschland zu werden. Die CDU versinkt im Chaos und versucht durch Angriffe auf uns als Linke davon abzulenken, dass die Politik des Sozialkahlschlags selbst den Weg ebnet, der den Aufstieg der Rechten befördert.

In dieser politischen und historischen Situation tragen wir als Linke eine Verantwortung. Wir organisieren seit Monaten den Protest gegen die Bundesregierung und behaupten uns zugleich als antifaschistischer Gegenpol in den Parlamenten und in unserer täglichen politischen Arbeit. In Sachsen-Anhalt ringen wir in der Opposition darum, den Rechten keine Posten im Landtag und keinen Millimeter auf der Straße zu lassen. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Sondierungen mit SPD und Grünen abgeschlossen. Und in Berlin eröffnet der Wahlerfolg der Berliner Linken die historische Möglichkeit durch eine Regierung der Bundeshauptstadt unter Führung unserer Partei endlich reale Besitzverhältnisse durch Vergesellschaftung zu verändern.

Unsere Wähler:innen in Berlin haben sich entschieden, ihr Kreuz bei der Linken und damit für Elif Eralp als Regierende Bürgermeisterin zu setzen. Die Linke Berlin hat im Wahlkampf einen klaren Führungs- und Regierungsanspruch formuliert.

Seither sind die politische Rechte, Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit und die Konzernbosse in verächtlicher Aufruhr. Es zeigt sich: wer für einen Politikwechsel und Umverteilung streitet, erfährt stärkeren Gegenwind als eine gesichert rechtsextreme Partei als stärkste Kraft im Landtag von Sachsen-Anhalt. Uns erschüttert diese Reaktion, die jedes Maß vermissen lässt. Keine Jüdin und kein Jude in Deutschland werden besser geschützt sein, wenn der Antisemitismus-Begriff in dieser Weise instrumentalisiert wird.

Der Berliner Landesparteitag hat sich mit überbordender Mehrheit für Sondierungen mit SPD und Grünen ausgesprochen und dafür wurde ein Sondierungsteam benannt. Die Ergebnisse der Sondierungen werden dem Berliner Landesparteitag auf einer weiteren Tagung vorgelegt, um über Koalitionsverhandlungen zu entscheiden. Verlaufen diese erfolgreich, wird eine Urabstimmung unter den Mitgliedern des Berliner Landesverbandes über den Eintritt in eine Regierung entscheiden.

Nach einer politisch motivierten Kampagne, welche zum großen Teil auf Lügen und Unterstellungen, zum Teil aber auch auf dem Ausschlachten von realem Fehlverhalten von Mitgliedern unserer Partei beruhte, wurden am 8.10. vorgestellte Papiere zum Thema Antisemitismus und organisierte Kriminalität von den möglichen Koalitionspartnern zur Voraussetzung für Sondierungen gemacht. Wir sagen dazu deutlich: Die Linke ist keine antisemitische Partei und wir lassen weder uns, noch unseren Gliederungen, eine strukturelle Nähe zur organisierten Kriminalität unterstellen.

Wir nehmen die Sorgen von Jüdinnen und Juden ernst und treten in einen ernsthaften Dialog, um Verständigung zu schaffen, Vertrauen aufzubauen und den Kampf gegen Antisemitismus ernsthaft anzugehen. Unsere Parteivorsitzenden und die Vertreter:innen des Berliner Landesverbandes haben diesbezüglich in den letzten Tage zahlreiche Gespräche geführt. Wo es reale Missstände gibt, arbeitet die Partei diese in den zuständigen Gliederungen der eigenen Partei auf.

Fortsetzung S.4

In der inhaltlichen Bewertung der Papiere gibt es unterschiedliche Positionen, auch Kritik. Die Papiere geben nicht die Positionen der Partei wieder, sie sind Ergebnis des Aushandlungsprozesses. Wir halten fest, dass wir uns den Umgang mit Antisemitismus nicht von anderen Parteien vorschreiben lassen. Als Parteivorstand begrüßen wir es, dass trotz aller Widrigkeiten, nun Schritte unternommen werden, um die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen anzugehen und den von den Wähler:innen gewünschten Politikwechsel in die Tat umzusetzen.

Die Bewertung dieser Papiere obliegt, wie in unserem letzten Leitantrag festgehalten, den Genoss:innen des Berliner Landesverbandes. Dem Berliner Landesparteitag wird am Ende des Sondierungsprozesses das Gesamtergebnis vorgelegt. Wir werben dafür, politische Differenzen an den konkreten Inhalten zu diskutieren und die demokratische Entscheidungsfindung im Berliner Landesverband zu respektieren.

Der Parteivorstand begrüßt die Aufnahme von Sondierungsgesprächen und unterstützt den Berliner Landesverband und sein Verhandlungsteam nach seinen Möglichkeiten.

Die gesamte gesellschaftliche Linke in der Bundesrepublik blickt auf diese Regierungsbildung, sogar international wird mit hoffnungsvollen Augen nach Berlin geschaut. Jetzt müssen wir liefern - die Vergesellschaftung von Wohnraum, ein Haushalt, der nicht am Sozialen kürzt, Politik für ein Berlin, das das Gemeinsame ins Zentrum setzt.

Auf dem Spiel steht ein roter Leuchtturm, der zeigt, dass es eine Alternative zu Sozialkürzungen und Entsolidarisierung gibt. Berlin kann ein Leuchtturm für einen Politikwechsel werden, der es schafft, den Aufstieg der Rechten zu verhindern und Hoffnung zu organisieren. Kämpfen wir dafür.

Beschluss des Parteivorstandes vom 10. Oktober 2026

Wir möchten in diesem Zusammenhang an uns und Euch appellieren:

Kritik ist legitim. Aber sie gehört nicht in die Presse, nicht in offene Briefe und nicht in social-media-Posts! Sie kann in der Partei besprochen, an die zuständigen Gremien adressiert und muss letztlich demokratisch auf einem Parteitag und ein möglicher Koalitionsvertrag auch durch eine Mitgliederbefragung entschieden werden – und zwar im Landesverband Berlin.

Dass die Ausgangslage so schwierig ist, dass es einer „Vorvereinbarung“ für Sondierungen bedarf, ist ohne Zweifel das Ergebnis einer Schmutzkampagne. Es ist aber wenig hilfreich, wenn Genoss*innen sich nun untereinander öffentlich angreifen. Die Vereinbarung ist kein Papier unserer Partei – und sie setzt kein Programm, keine Satzung und auch keine Geschäftsordnung der künftigen Abgeordnetenhausfraktion außer Kraft. Über unsere Abgeordneten entscheidet auch künftig nur unsere Fraktion – nicht Grüne und SPD. Über Parteiausschlüsse entscheiden auch künftig nur unsere Schiedskommissionen – auf der Grundlage unserer Satzung und unseres Programms. Anderslautende Behauptungen, wie sie unter anderem dem offenen Brief des Berliner Jugendverbandes zu entnehmen sind, sind schlicht falsch und helfen der Debatte nicht.

Denn eines ist doch klar: als Linke stehen wir gegen jeden Antisemitismus und zum Existenzrecht Israels – genauso wie zum Recht der Palästinenser*innen auf einen eigenen Staat und eine friedliche und demokratische Zukunft! Und natürlich gibt es in der Linken weder Sympathien geschweige denn eine Interessenvertretung für organisierte Kriminalität.

Auszüge aus dem Mitgliederbrief des Landesgeschäftsführers Stefan Wollenberg
Newsletter 13.10.2026

Kampf gegen rechts



Wir erleben einen gefährlichen Rechtsruck. Die politischen Kräfte, die gesellschaftlichen Hass schüren, Ungleichheit befürworten und menschliches Leben als unterschiedlich wertvoll einschätzen, werden lauter. Zunehmende Ungleichheit, der Abbau von sozialen Rechten und eine Abschottungspolitik gegenüber Geflüchteten gefährden unsere Demokratie.
Dass die Ampel-Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat die Rechte stärker gemacht, nicht schwächer. Dass die CDU mit der AfD gemeinsam einen Antrag zur unmenschlich und rechtswidrigen Verschärfung der Migrationspolitik durch den Bundestag brachte, ist ein Dammbruch für Demokratie und öffnet den Faschisten die Tür.
Die extreme Rechte ist breiter und vielgestaltiger geworden und speist sich heute aus unterschiedlichsten ideologischen Quellen, Netzwerken und Echoräumen. Auch religiös oder weltanschaulich begründeter Terror kann niemals Legitimität beanspruchen.
Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle Menschen und massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die unsere Gesellschaft zusammenhält, als Garant für unsere Demokratie. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen solidarisch füreinander einstehen. Alle Menschen sind gleichwertig und haben die gleichen Grundrechte. Wir stellen uns der extremen Rechten entgegen. Wir stehen überall auf gegen Nationalismus, völkische Ideologien und Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus, gegen Antisemitismus und Homophobie, gegen alle Formen der Menschenfeindlichkeit.

Dafür setzen wir uns u. a. ein:

Protest und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse, Migrant*innen-Selbstorganisationen sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten, wirksamen Demokratiefördergesetz stärker unterstützt und langfristig finanziell abgesichert werden. Die politische Bildung wollen wir stärken.

Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer Organisationen und unterstützen die Forderung nach einer Prüfung eines AfD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht. Die AfD ist keine demokratische Partei, auch wenn sie zu demokratischen Wahlen antritt. Sie will die Demokratie zerstören, verbreitet Hass und Hetze und hat gewalttätige Rechtsradikale in ihren Reihen.

Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag vorantreiben und Druck machen, damit alle Akten der Geheimdienste ... endlich freigegeben werden.

Wir wollen den Grundgesetzartikel 139 gegen Nationalsozialismus und Militarismus mit einer antifaschistischen Klausel präziser fassen. Die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts und Handlungen, die in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, sind verfassungswidrig.

Bundesverband Die Linke

Politische Bildungsfahrt nach Brüssel vom 6. bis 9.9.2026
Wir waren dabei

Unsere Reise begann am Hauptbahnhof in Berlin, wo sich die gesamte Gruppe zusammenfand. Mit Vorfreude auf die kommenden Tage stiegen wir gemeinsam in den Zug in Richtung Belgien. Nach einigen Stunden Fahrt erreichten wir schließlich Brüssel und bezogen unser Hostel. Wir wurden in Mehrbettzimmern untergebracht, die wir uns jeweils zu zweit teilten – besonders positiv war, dass Wünsche bei der Zimmerbelegung berücksichtigt wurden. Den restlichen Tag nutzten wir, um die nähere Umgebung des Hostels auf eigene Faust zu erkunden und die ersten Eindrücke der Stadt zu sammeln. Und konnten dabei feststellen, das der nahegelegene Supermarkt sogar sonntags offen hatte.

Der zweite Tag startete mit einer thematischen Stadtbegehung zum Thema Lobbyismus in Brüssel. Während der Führung wurde uns eindrucksvoll aufgezeigt, wie groß der Einfluss von Interessengruppen auf die europäische Politik ist und wie viele Lobbyistinnen und Lobbyisten im EU-Parlament ein und aus gehen. Dazu einige Zahlen:

- 790 Abgeordnete im Europaparlament
- 27 Amtssprachen mit jeweils 3 Dolmetschern
- 830 akreditierte Lobbyisten, die jederzeit Zugang zum Parlament zu den Büros der Abgeordneten haben
- ca. 30.000 Lobbyisten insgesamt in Brüssel.

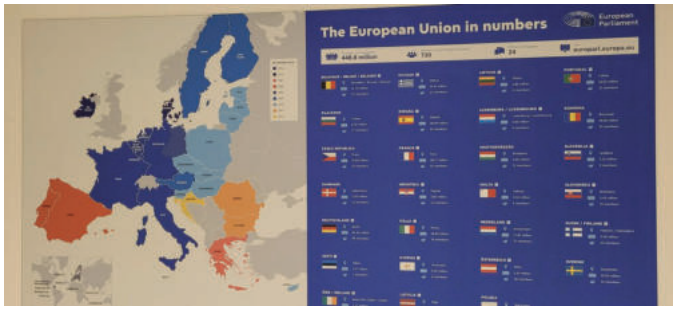


Im Anschluss besuchten wir das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in Brüssel. Dort erhielten wir einen spannenden Einblick in die Geschichte und die Aufgaben der Stiftung auf europäischer Ebene. In einer anschließenden Fragerunde konnten wir eigene Themen einbringen und diskutieren. Der Nachmittag stand uns wieder zur freien Verfügung, um Brüssel weiter individuell zu entdecken.

Am dritten Tag stand der zentrale Höhepunkt der Reise an: Der Besuch des Europäischen Parlaments. Dort trafen wir den Abgeordneten Martin Günther zu einem direkten Austausch über die aktuelle EU-Politik und die Arbeit der LINKEN im Parlament. Für mich Rene als Barfußläufer galt leider Schuhpflicht, was für mich als Barfußläufer zwar unangenehm, aber eben unumgänglich war.



Eingang zum Parlament



Unterteilung der Länder in Fraktionen

Fortsetzung S.11



Sitzverteilung im Parlament nach Fraktionen

Nachdem wir das Parlamentsgebäude wieder verlassen hatten (Im Plenarsaal war leider eine Veranstaltung, so dass wir nicht lange bleiben konnten.) besuchten wir verschiedene Museen, darunter das Planetarium und das Haus der Europäischen Geschichte. Beide Museen waren sehr informativ und gaben weitere Einblicke in die Geschichte und Arbeitsweise der Europäischen Union bzw. des Europäischen Parlaments.



Das Planetarium

Nach etwas weiterer Freizeit zum Erkunden der Stadt schlossen wir den Tag gemeinsam ab: Am Abend kamen wir in einem gemütlichen Restaurant zusammen, wo auch der Abgeordnete Martin Günther dabei war, sodass wir den Tag bei guten Gesprächen und in entspannter Atmosphäre ausklingen lassen konnten.

4. Tag: Rückreise

Nach vier lehrreichen und ereignisreichen Tagen traten wir am vierten Tag mit der Bahn wieder die Heimreise an. Im Gepäck hatten wir viele neue politische Erkenntnisse, spannende Eindrücke und gestärkten Teamgeist.

Einen Wermutstropfen gab es aber dabei: So reibungslos die Hinfahrt ablief, so chaotisch war die Rückreise. Unser ursprünglicher Zug entfiel. Wir mussten auf einen Ersatz ausweichen, wodurch natürlich unsere Reservierungen verfielen und die Gruppe sich auf mehrere Waggons aufteilen musste, einschließlich deutlicher Verspätung.

Ricardo Apel
Rene Dippe

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation DIE LINKE Schwedt und ausgewählte öffentlicheTermine Stand: 10.10.2026

15.10.2026	Mitgliedertreffen	17:00 Uhr Geschäftsstelle
03.11.2026	Vorstandssitzung der BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
04.11.2026	Sitzung Kreisvorstand	18:30 Uhr Geschäftsstelle Prenzlau
09.11.2026	Veranstaltung/Gedenken zur Pogromnacht	wird über Stadt Schwedt bekanntgegeben
14.11.2026	Kreismitgliederversammlung	10:00 Uhr Prenzlau
15.11.2026	Gedenken zum Volkstrauertag	wird über Stadt Schwedt bekanntgegeben

Aktueller Hinweis: Die Geschäftsstelle Schwedt zieht im November/Dezember 2026 um. Zum genauen Termin wird noch informiert. Helfer werden dabei dringend gebraucht. Bitte dazu melden über WhatsApp-Gruppe oder Telefon 415810.

In stillem Gedenken

Die Genossinnen und Genossen der BO Schwedt nehmen Abschied von Bernd Meyner, der am 13. September 2026 verstorben ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.





In Würde alt und weise werden,
dabei gesund und glücklich bleiben,
ist das Größte, was es gibt auf Erden.

In diesem Sinne alles Gute zum Geburtstag, viele spannende Erlebnisse wünscht die BO Schwedt Die Linke und das Redaktionskollegium des KoppHoch.

KoppHoch erscheint 1 x im Quartal. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe IV-2026: 09.01.2027

Impressum
Herausgeber:
Die Linke
Basisorganisation Schwedt
V.i.S.d.P.:
I. Giel
Redaktion:
M. Gohl, **I.** Giel
Gestaltung:
M. + **I.** Giel
Vertrieb:
Geschäftstelle der Partei
Die Linke Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle
Auguststraße 2, Zi. 201
mind. 1 x wöchentlich oder nach Bedarf bzw. Tel. 415810

Finanzen

Mo, 26.10.2026
Mo, 30.11.2026
Mo, 28.12.2026
Mo, 25.01.2027

Kontakt und Adressen

Die Linke
Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt
e-mail:
schwedt@dielinke-uckermark.de
Tel.: (03332) 31928
Webseite:
www.dielinke-uckermark.de

KoppHoch ausgelesen? Bitte weitergeben an jemanden, der ihn vielleicht auch gerne lesen würde oder sollte!